

MWV zur BDI-Studie „Klimapfade 2.0“

„Die Zeit für ideologische Grabenkämpfe ist vorbei“

Berlin, 21. Oktober 2021 – Die heute in Berlin vorgestellte Studie „Klimapfade 2.0“ des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) zeigt aus Sicht des Mineralölwirtschaftsverbandes (MWV) auf, dass auf dem Weg zur vollen Klimaneutralität 2045 keine Zeit mehr zu verlieren ist und alle technologischen Optionen genutzt werden müssen.

„Die deutsche Mineralölwirtschaft hat erste Schritte in Richtung Klimaneutralität bereits eingeleitet. Das aus Sicht unserer Branche herausragende Resultat der Studie ist: Wir dürfen auf dem Weg zu Netto-null-Emissionen 2045 praktisch keine Minute mehr liegen lassen. Für ideologische Grabenkämpfe und technologische Denkverbote haben wir schlicht keine Zeit mehr“, sagte MWV-Hauptgeschäftsführer Prof. Christian Küchen. Der MWV war in den Prozess der Erstellung der Studie von BDI und der Boston Consulting Group (BCG) eingebunden.

Bisherige Instrumente nicht ausreichend

Der BDI-Studie zufolge spart Deutschland bis 2030 mit der bisherigen Klimapolitik nur knapp halb so viel an CO₂ wie nötig ein. Daher gehen in allen vier untersuchten Bereichen – Energie, Industrie, Gebäude und Verkehr – der Handlungsdruck und die Herausforderungen weit über alles Bisherige hinaus und an die Grenzen dessen, was in den kommenden neun Jahren für viele Experten vorstellbar ist. Küchen: „Unsere Unternehmen benötigen für die erforderlichen Planungen und Investitionen daher dringend sichere rechtliche Rahmenbedingungen.“

Zur Zielerreichung braucht Deutschland laut Studie nicht nur einen weiteren Ausbau an Ökostrom, Stromnetzen und E-Mobilität, sondern auch den Aufbau von Wasserstoff- und CO₂-Netzen sowie massive Importe an klimafreundlicher, flüssiger Energie: Bereits 2030 müssten allein für den Verkehr 36 Terawattstunden synthetische Kraftstoffe importiert werden. Das entspricht rund einem Zehntel der benötigten Kraftstoffmengen und gilt selbst dann, wenn es gelingt, bis 2030 rund 14 Millionen E-Autos sowie elektrische Lkw auf die Straße zu bringen.

Blaupause für künftige Bundesregierung

Den gesamten Investitions-Mehrbedarf in Deutschland zum Erreichen der CO₂-Zwischenziele bis 2030 beziffert die Studie auf 860 Milliarden Euro. „Das funktioniert aber nur, wenn der Staat dafür die Rahmenbedingungen und Investitionsanreize schafft – und gleichzeitig selbst massiv in die notwendigen Infrastrukturen investiert.“

Zu den von der BCG vorgeschlagenen Instrumenten zählt eine Reform der Energiebesteuerung, die sich am „Fit-for-55“-Klimaschutzpaket der EU-Kommission orientiert. Besteuert werden Kraftstoffe dann gemäß Nachhaltigkeit und nicht mehr allein pro Liter. Dies trägt dazu bei, dass sich Investitionen für CO₂-arme Bio- und synthetische Fuels eher rechnen. Auch ein Ausschreibungsmodell für globale Produktion und Importe von ökostrombasierten PtX-Kraftstoffen schlägt die Studie vor. Küchen abschließend: „Diese und weitere Vorschläge sollten der künftigen Bundesregierung als Blaupause dienen, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen.“